

Altersarmut in Deutschland

Vor allem gering Qualifizierte und Menschen mit Migrationshintergrund sind von Altersarmut bedroht. Daher sind Maßnahmen erforderlich, die die Qualifizierung und die Integration in den Arbeitsmarkt fördern. Sie verhindern das Entstehen von Altersarmut und packen somit das Problem an der Wurzel.

Von Prof. Axel Börsch-Supan, Ph. D.

(...) Deutschland ist im Vergleich zu seinen europäischen Nachbarn wirtschaftlich recht gut aufgestellt, vor allem wegen der seit Mitte der 1990er Jahre durchgeführten Strukturreformen. (...) Der Arbeitsmarkt ist zwar flexibler geworden, und die Zahl der Beschäftigten ist so hoch wie nie zuvor, aber (...) Langzeitarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind hartnäckiger geworden.

In der Rentenpolitik haben die Reformen im Großen und Ganzen zu einer nachhaltigen Finanzierung geführt (...). Aber die Dämpfung des Beitragssatzes bedeutet unweigerlich eine Senkung des Rentenniveaus, wenn dies nicht durch längere Lebensarbeitszeit oder zusätzliche private Vorsorge ausgeglichen wird (...).

Armut in Deutschland

(...) Derzeit sind 2,6 Prozent der über 65-Jährigen auf die Grundsicherung im Alter angewiesen, also „arm“ im Einklang mit dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung und im Sinne des Sozialgesetzbuchs¹. (...) Der Anteil der in diesem Sinne armen Menschen im Alter ist deutlich niedriger als der Anteil Armer in der Gesamtbevölkerung: Fast dreimal so viele Menschen (...) leben in Bedarfsgemeinschaften, die Grundsicherung für Arbeitsuchende beziehen. Armutsgefährdet sind 15,3 Prozent der über 65-Jährigen, weil – entsprechend der Definition der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – ihr Einkommen unter 60 Prozent des Medianeinkommens liegt. (...)

(...) Von den 15 EU-Ländern vor der im Jahr 2004 begonnenen Ost-Erweiterung weisen nur Frankreich, die Niederlande und Luxemburg niedrigere Armutsgefährdungsquoten älterer Menschen auf als Deutschland. Das

¹ Sämtliche im Folgenden aufgeführte Zahlen und Berechnungen entstammen dem Gutachten zur Altersarmut des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie vom November 2012, bei dem der Autor federführend war.

Armutproblem Deutschlands liegt derzeit eher bei jungen Menschen (...). Noch ernster ist die Situation bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund (...).

Altersarmut in der Zukunft

(...) das Risiko der Altersarmut wird sich erhöhen, wenn im Zuge der Bevölkerungsalterung das Netto-Rentenniveau vor Steuern voraussichtlich von 51 Prozent im Jahr 2005 auf etwa 43 Prozent im Jahr 2030 sinken wird. Gegenläufig wirken jedoch die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre und die Einführung der Riester-Rente beziehungsweise die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge. (...)

So wird erwartet, dass bis 2030 gegenüber den Werten von 2001 die Lebenserwartung um drei Jahre und das tatsächliche Regeleintrittsalter um zwei Jahre ansteigen. Hinzu kommt, dass durch die Einführung der Abschläge bei frühzeitigem Renteneintritt die Frühverrentung zurückgehen wird (...). Die so zusätzlich erworbenen Entgeltpunkte kompensieren knapp zwei Drittel der Absenkung des Netto-Rentenniveaus. (...)

Erhöhte Altersarmut entsteht (...) nur, wenn die Kompensationsmaßnahmen nicht ergriffen werden oder nicht greifen können. Die Wirkung des Pakets hängt also vom Willen und Vermögen der Menschen ab (...).

(...) Vor allem die Beschäftigung Älterer und das durchschnittliche Renteneintrittsalter haben sich deutlich erhöht. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unter den 60- bis 64-Jährigen hat sich laut Bundesagentur für Arbeit in den letzten zehn Jahren verdoppelt (...).

(...) Nur noch circa ein Fünftel der Haushalte hat keine zusätzliche Altersvorsorge. Hier spielt die Riester-Rente eine wichtige (...) Rolle. Etwa 45 Prozent der Berechtigten haben einen Vertrag über eine Riester-Rente. (...)

(...) Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war ab 1990 eine Zeit lang rückläufig, was zur Sorge geführt hat, die Anzahl der Jahre, die in ausreichend vergüteter sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung verbracht werden, sinke. Seitdem ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten jedoch wieder angestiegen. Auch der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse ist wieder gestiegen (...). Der weitaus größte Teil dieses Anstiegs entfällt jedoch auf

Minijobs, die neben einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ausgeübt werden. (...)

Schließlich muss die Sondersituation der Rentner in den neuen Bundesländern beachtet werden. Aufgrund der großzügigen Anrechnung von Beschäftigungsjahren während der DDR-Zeit ist die Altersarmut dort (...) derzeit deutlich niedriger als im Westen (...). (...) So liegt der Mittelwert des sozialversicherungspflichtigen Jahreseinkommens für 30- bis 34-jährige Männer im Westen bei knapp über 29 000 Euro, im Osten dagegen bei knapp unter 21 000 Euro. (...), dürfte Altersarmut in den neuen Bundesländern künftig häufiger auftreten als im Westen.

Armutserhöhende Effekte

(...)

(...) Durch die rentendämpfende Wirkung des Nachhaltigkeitsfaktors werden circa 80 000 zusätzliche Personen die Grundsicherung in Anspruch nehmen müssen. Durch die Einführung der Rente mit 67 müssten bei Ausbleiben jeglicher Anpassung der Lebensarbeitszeit etwa 37 000 zusätzliche Personen Abschlüsse in Kauf nehmen (...). Zusammengenommen besteht die isolierte Wirkung der Rentenreformen (...) darin, dass rund 120 000 zusätzliche Personen unter die Schwelle der Altersarmut fallen (...).

Die Zunahme bei der geringfügigen Beschäftigung (...) ist potenziell deutlich größer. Wird ein Viertel des Arbeitslebens (zehn Jahre) der betroffenen Personen in versicherungsfreien Minijobs verbracht, würde sich die Zahl der Grundsicherungsempfänger um knapp 130 000 Personen erhöhen. (...)

(...) Unterstellt man, dass zukünftige Rentner in Ostdeutschland nicht mehr die erhöhte Entgeltpunktverteilung aufweisen, die sie derzeit haben, steigt die Grundsicherungsquote um weitere 0,4 Prozentpunkte (...).

(...) wenn die Menschen ihren Renteneintritt nicht der steigenden Lebenserwartung anpassen, keine zusätzliche Altersvorsorge betreiben, lange Zeit in ihrem Erwerbsleben keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben (...) würde die Zahl der Grundsicherungsempfänger, einschließlich der jüngeren erwerbsgeminderten, um circa 400 000 auf etwa 1,3 Millionen Menschen ansteigen.

Kompensierende Effekte

(...)

(...) Eine Zunahme der Lebensarbeitszeit um 1,5 Jahre würde 26 000 derzeit von Altersarmut betroffene Personen über das Grundsicherungsniveau heben (...). (...) Damit würde die Lebensarbeitszeit immer noch deutlich unter der des heutigen „Eckrentners“ liegen, die 45 Jahre beträgt (...). Eine zusätzliche Verschiebung der gesamten derzeitigen Verteilung der Renteneintrittsalter um zwei Jahre im Zuge der Rente mit 67 würde die rentendämpfende Wirkung des Nachhaltigkeitsfaktors vollständig kompensieren. (...)

(...) Noch nicht eingerechnet in diese Ergebnisse sind zusätzliche Einkünfte aus Riester- und Betriebsrentenansprüchen. Derzeit haben etwa 26 Prozent der Menschen im untersten Einkommensquintil eine Riester-Rente, und ein ähnlicher Prozentsatz verfügt über eine Betriebsrente.

Ob die zwischen 2001 und 2007 erfolgten Reformen die Grundsicherungsquote erhöhen oder senken, hängt also im Wesentlichen davon ab, inwieweit die beabsichtigten Änderungen im Rentenzugangverhalten und in der privaten beziehungsweise betrieblichen Altersvorsorge tatsächlich eintreten. (...)

Maßnahmen, um Altersarmut zu vermeiden

(...) Vielmehr müssen sich Reformen auf diejenigen konzentrieren, die ein lebenslanges Armutproblem fürchten müssen. Zur Vermeidung von Altersarmut sind deshalb Maßnahmen besonders zielführend, die zum einen zu höherem Einkommen im Erwerbsleben führen und zum anderen zu einem möglichst langen Erwerbsleben beitragen:

(...) Personen ohne Schulabschluss können in der Regel nur für wenig produktive und deshalb gering bezahlte Arbeiten eingesetzt werden (...). Menschen, die heute die Schule ohne Abschluss verlassen, sind häufig die Geringverdiener und Arbeitslosen von morgen und die durch Altersarmut Gefährdeten von übermorgen. (...) Durch effektivere Bildungsanstrengungen im Vergleich zum Status quo sollte vor allem das Bildungsniveau bei Kindern von Eltern im unteren Einkommensbereich gesteigert und damit das Risiko der Altersarmut insgesamt reduziert werden.

(...) Jugendliche mit Migrationshintergrund verbringen ihre Kindheit häufig in Armut und haben die höchsten Schulabbruchsquoten, danach das höchste Arbeitsloskeitsrisiko. (...) Daher ist bessere Integration wichtig für die Vermeidung späterer Armut.

(...) das Einkommen kann auch durch die Erhöhung des Arbeitsvolumens gesteigert werden. Dabei geht es nicht um eine Erhöhung der individuellen Wochenarbeitszeit, sondern um eine Ausweitung der Erwerbsphasen bezogen auf das gesamte Leben.

Da meist Frauen unterbrochene Erwerbsbiographien wegen Kindererziehung aufweisen, sind sie besonders gefährdet, ein niedriges Alterseinkommen zu erzielen. Generell gilt es, die Frauenerwerbsquote zu erhöhen. (...)

(...) Manche Maßnahmen wirken mittelfristig, sodass sie die Alterseinkommen bereits im Zeitraum von 2030 bis 2040 erhöhen können, andere, etwa bessere Schulbildung, wirken langfristig. Erst wenn diese Strategien versagen, sind rentenpolitische Maßnahmen nötig.

Mindestlohn und Zuschussrente gegen Altersarmut?

(...) Um eine Rente auf Grundsicherungsniveau zu erhalten, braucht man etwa 23 Entgeltpunkte in der Rentenversicherung. (...). Ein Mindestlohn, der eine Rente von 850 Euro im Monat sichert, läge dementsprechend bei etwa 14,40 Euro je Stunde. Es ist unvorstellbar, dass so hohe Mindestlöhne keine negativen Beschäftigungseffekte auf dem Arbeitsmarkt hervorrufen (...).

(...) Wird der Berechtigtenkreis restriktiv definiert, ist ihr Beitrag zur Reduktion der Zahl der Grundsicherungsempfänger gering, zumal nur Langzeitbeschäftigte diese Zuschussrenten beziehen können. Die tatsächlichen Lebensarmutsgefährdeten bekommen jedoch erst gar nicht die Chance, ausreichende Beschäftigungszeiten anzusammeln. Wird eine Zuschussrente dagegen großzügig über der derzeitigen Grundsicherung definiert, müssen die zusätzlichen Ausgaben entweder über erhöhte Beiträge oder Steuern finanziert werden (...). (...) Zuschüsse, welche die Rente bis zu einer bestimmten Höhe (etwa 850 Euro) aufstocken, machen es unattraktiv, in höherem Alter zu arbeiten. (...)

Der vollständige Artikel erschien in Orientierungen zur Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik am 1. September 2013.